

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Gegen soziale und nationale Reformen!

Die parlamentarische Abstimmungs-
schritte funktionieren, seit sie mit dem Del
deutschen Aktivismus geschmiert wird, nicht
minder gut als in den Zeiten, da sie vom tsche-
chischen Nationalismus allein getrieben wurde.
Alles, was die Opposition beantragt, wird un-
belehnt abgelehnt! Und wenn es sich auch um
Anträge handelt, die durchaus nicht radikal-
nationalistisch, nicht umstürzlerisch-sozialistisch
sind, ja selbst wenn es um Anträge geht, die
dem öffentlich so oft verkündeten Programm
der Aktivisten entsprechen, um Anträge etwa,
die von ihnen früher selber eingebracht wurden,
sie werden niedergestimmt!

Haben nicht auch die Redner und Journa-
listen jener deutschen Parteien, die nun dem
Herrn Svehla Gefolgschaft leisten, jahrelang
eifrig gegen die Umsatzsteuer, gegen die
Kohlensteuer, gegen die Verkehrs-
steuern gesprochen und geschrieben? Sind
das nicht Steuern, die auch von den Indu-
striellen, von den Kaufleuten und Gewerbe-
treibenden als drückend, als produktionshem-
mend empfunden werden! Und doch haben die
deutschen Mehrheitsparteien die sozialdemo-
kratischen Anträge auf Erleichterung dieser Steuern
abgelehnt! Sie haben damit Forderungen
niedergestimmt, die sie früher selber oft genug
erhoben haben.

Arbeiterfreundlich gebärden sich, wenn sie
in den Wählerversammlungen das Märchen
vom „christlichen Sozialismus“ erzählen oder
das Föhnlein der „Volksgemeinschaft“ ent-
rollen, auch die deutschen Volksparteien. Sie
sorgen nicht mit müden, verheißenden Wor-
ten für die Not der Arbeiter, — aber
als Taten für die Arbeiter möglich
waren, Taten, die gar nicht revolutionär wa-
ren, die einfach allerdingendste soziale Re-
formarbeit bedeutet hätten, da wandten sich die
christlichen Arbeiterfreunde und die braven,
schlichten Bauernleute, die von Herrn Spina
geführt werden, gegen die Arbeiterforderungen.
Die deutschen Mehrheitsparteien haben bei
der Abstimmung über das Budget gegen den
sozialdemokratischen Antrag auf Bereitstellung
von 100 Millionen Kronen für die Hell-
fürsorge, die im Sozialversicherungsgesetz
vorgesehen ist, gestimmt, gegen die Wie-
derEinstellung von 145 Millionen
Kronen für die Kriegsschädig-
ten, gegen die Einstellung von
135 Millionen Kronen für die Ar-
beitslosen, gegen den sozialdemokratischen
Antrag, zwei Millionen für die Grubeninpek-
tion bereitzustellen! Alle sozialdemokratischen
Anträge, die eine Verbesserung des schreckli-
chen Loses der Arbeiter anstreben, haben deut-
sche Christlichsoziale, deutsche Landwirte und
deutsche Gewerbetreibende niedergestimmt! Für
die deutschen Arbeiter, für ihre unter den Ari-
senwirkungen so schwer leidenden Volksgenossen
Proletarier haben die Deutschbürgerlichen nur
Worte, ihre Taten richten sich gegen die
Arbeiter.

Aber die Pensionisten, die ehemaligen
Beamten und Lehrer, die nun von kargen
Pensionen leben müssen, sind doch nur in den
seltensten Fällen Sozialdemokraten. Sie sind
zu nicht geringem Teile Parteigänger der deut-
schen Regierungsparteien. Die wurden doch
anders behandelt als die Arbeiter? Aber nein,
auch die Anträge, das Kapitel Pensionen
von 583 auf 820 Millionen zu erhöhen und
den Beitrag an die Länder für Lehrer-
pensionisten von 22 auf 33 Millionen zu
erhöhen, wurde abgelehnt! Auch die Pen-
sionen und Lehrer sind Proleten, auch wenn sie
es selber nicht einsehen wollen; den Prälaten
und Gutbesitzern gelten sie jedenfalls als
nichts anderes und solcher Leute wegen werden
sie nicht das Budget ändern wollen, auf die
Gefahr hin, Svehlas und Dr. Englis Mißfal-
len zu erregen!

Selbstverständlich wurden auch unsere An-
träge, zwanzig Millionen Kronen für die
Schadloshaltung, Umgehulung oder Wieder-

einstellung abgebauter Staatsange-
stellter auszuwerfen, abgelehnt, ebenso
selbstverständlich der sozialdemokratische An-
trag, für den gleichen Zweck beim Budget der
Eisenbahnen zehn Millionen und bei dem der
Post fünf Millionen einzustellen. Es genügt
doch, wenn die Deutschbürgerlichen „progra-
matisch“ und in gelegentlichen Verzamm-
lungen den deutschen Arbeitsplatz verteidigen!

Aber die Reorganisation des Bodenantrages,
— das ist doch eine alte und oft erhobene For-
derung der Landwirte, — da können sie
doch nicht anders, als dem sozialdemokratischen
Antrag, der die geringe Summe von tausend
Kronen zur Vorbereitung eines Gesetzes über
die neue, verhältnismäßige Zusammensetzung
des Bodenantrages fordert, zustimmen? Aber
auch dieser Antrag wurde von der Abstim-
mungsmafchine niedergewalzt!

Bleiben noch die rein nationalen
Forderungen. Unsere Genossen haben für die
Arbeiten zur Vorbereitung der Schul-
autonomie die Einstellung von einer Mil-
lion Kronen beantragt, haben verkündet, daß
30 Millionen für die Unterstützung des
Schulwesens der nationalen Minder-
heiten bestimmt werden und haben
schließlich beantragt, für die Anstellung der
Parlamentsbibliothek mit deutschen Büchern
und für die Herstellung deutscher Ueberset-
zungen 200.000 Kronen ins Budget einzustellen.
Daß die Motivenberichte auch in deutscher
Sprache vorgelegt werden, fordern alle deut-
schen Parteien, müssen es schon deshalb for-
dern, weil das eine wesentliche Erleichterung
ihrer Arbeit wäre. Und die Schulautonomie
ist eine ebenso programmatische Forderung
aller deutschen Parteien, auch derer, die jetzt
zur Mehrheit des Herrn Svehla gehören. Und
daß ihnen das Wohl der deutschen Schulen,
ihre Vermehrung und ihre Ausgestaltung am
Herzen liegt, haben sie es nicht tausendmal mit
feurigen Worten beteuert? Und doch haben die
Regierungsdeutschen unsere Anträge abge-
lehnt! Die Schulautonomie wurde ja von
Herrn Hodža versprochen! Das genügt, um die
verstimmten Wähler zu beruhigen und hinzu-
halten, — sie erfahren ja, da sie meist nur die
Blätter ihrer Parteien lesen, nicht einmal, daß
diese „deutschen Volksparteien“ gegen das
deutsche Schulwesen gestimmt ha-
ben!

Dafür aber haben sie auch Positives ge-
leistet. — „Positives“, — mit dem sie
allerdings vor ihren Wählern nicht sehr pran-
ken werden: „Sie haben für den Korrup-
tionsfonds des Ministerpräsi-
denten gestimmt, für den Militarismus,
für die Staatspolizei! Sie
haben für das ganze Budget gestimmt, das
Herrn Herr Englis vorgelegt hat. Sie haben
damit für die Verkürzung der An-
waldenrenten gestimmt, für die
Drosselung der Arbeitslosenun-
terstützung. — Sie haben für das Budget
gestimmt, das in allen seinen Teilen Feind-
schaft gegen die Arbeiter ainet und in allen
seinen Teilen die nationalen Minderheiten so
benachteiligt, wie jedes bisherige Budget die-
ses Staates.“

Waren vielleicht die sozialde-
mokratischen Anträge unüber-
führbar? Hätten sie das Budget aus dem
Gleichgewicht gebracht? Die Regierungsdeut-
schen werden zweifellos so zu argumentieren
versuchen. Aber alle Behauptungen solcher Art
sind wahrheitswidrig. Denn es gab Möglich-
keiten genug, die Erhöhung der Ausgaben, die
durch die Annahme der sozialdemokratischen
Anträge verursacht worden wäre, durch Strei-
chungen bei anderen Posten wegzumachen. Es
ist nicht wahr, daß die Staatspolizei eine No-
wendigkeit ist, es ist nicht recht der Repulsi-
onsfonds keine solche Notwendigkeit und es ist
eben so wenig der Rüstungskredit. Die Füh-
rer der Regierungsdeutschen erklärten erst kürz-
lich in Versammlungen, erst durch die Wand-
lungen der europäischen Politik, durch die An-
näherung und Verständigung zwischen
Deutschland und Frankreich sei jene Armo-
die geschaffen worden, die den Eintritt der

Deutschen in die Regierung ermöglichte. All-
zeit war die wiederholte Rüstung der Tschecho-
slowakei ein kostspieliger Luxus, er ist erst
recht wertlos geworden in der Zeit der Ver-
stärkung Mitteleuropas. Und doch stimmten die
selben Deutschbürgerlichen, die ihre ganze po-
litische Rechnung auf diese große außenpoliti-
sche Wandlung gestellt haben, einer Aufrüstung
zu, die allen europäischen Befriedigungsabstre-
bungen widerspricht! Sie heugen sich ein-
fach dem tschechischen Nationalismus, so wie sie
sich ihm unterordnet haben in allen Budget-
fragen, in allen Staatsfragen. Die kapitalisti-
sche Profitsucht und der deutsch-
bürgerliche Arbeiterhaß haben alle nationalen
Programme über den Haufen geworfen, den
letzten Rest sozialen Empfindens getötet, alle
Regungen der Scham betäubt.

Tausende Arbeiter haben, betört durch die

fromm-heuchlerischen Wahlreden der Merika-
len, den Christlichsozialen am 15. November
ihre Stimmen gegeben. Tausende Landarbei-
ter, ins Agrargebiet eingereizte Industrie-
proletarier, Kleinbauern und Häusler haben
sich durch die Lobpreisungen der „Dorfge-
meinschaft“ in die Gefolgschaft der Agrarier
bringen lassen. Diese proletarischen Massen, die
so schändlich mißbraucht wurden, müssen
lebend gemacht, müssen zur Erkenntnis der
Klassenfeindschaft der Bürgerparteien ge-
braucht werden! Von Tür zu Tür, von
Hütte zu Hütte muß die Aufklärung über die
Zoll- und Budgetsünden der agrarischen und
Merikalen Volksparteien getragen werden, —
dann allein wird ein Gerichtstag mög-
lich, an dem die Schuldigen zittern müssen vor
dem Volksurteil!

Das Kabinett Marx gestürzt.

249:171. — Regierungsneubildung erst Anfang Jänner.

Berlin, 17. Dezember. (Eigenbericht.) Die
Abstimmung im Reichstag über das sozialde-
mokratische Mißtrauensvotum gegen das Reichs-
kabinett ergab dessen Annahme mit 249 gegen
171 Stimmen. Damit ist das Kabinett Marx
gefallen.

Heute vormittags wurden wiederholt Ver-
suche unternommen, die Regierung zu halten.
Der Reichspräsident hatte den Reichskanzler zu sich
berufen und ihn gebeten, den Deutschen nati-
onalen einige Zugeständnisse zu ma-
chen, damit sie sich der Stimme enthalten. Das
lehnte der Reichskanzler jedoch ab. Nachdem der
Reichspräsident den deutschnationalen Führer
Graf Westarp hiervon verständigt hatte, sagte
die deutschnationale Reichstagsfraktion den Be-
schluß, für das Mißtrauensvotum zu stimmen.
Die deutsche Volkspartei nahm dann noch einmal
Führung mit den deutschnationalen, um mit
diesen eine Erweiterung des Kabinetts nach
rechts zu vorzunehmen; Marx lehnte jedoch
auch diesen Schritt ab. Somit war gegen Mittag
das Schicksal des Kabinetts besiegelt.

In der Reichstagsitzung legte namens der
Sozialdemokratie Genosse Hermann Müller

noch einmal die Gründe dar, die sie zur Einbrin-
gung des Mißtrauensvotums und zum Sturz des
Kabinetts bewegen haben. Er wies insbesondere
darauf hin, daß in bezug auf die Reichs-
wehr noch nichts geschehen sei, um die
Forderungen der Sozialdemokratie zu erfüllen,
daß aber ebenso aus innen-, wie außenpolitischen
Gründen eine schnelle Klärung der Lage notwen-
dig sei. Die Sozialdemokratie habe sich bereit
erklärt, die Verantwortung in der Regierung zu
übernehmen; sie wolle sich sogar an der großen
Koalition beteiligen, aber gerade eine Regie-
rungspartei, die deutsche Volkspartei, habe
das verhindert, weil sie lieber mit den
Deutschnationalen regieren wolle. Aus diesem
Grunde habe die Sozialdemokratie eine Klärung
der Lage herbeiführen müssen.

Gegen Abend erfolgte dann die Abstimmung,
die das oben angeführte Resultat hatte. Das Ka-
binett trat sofort nach der Sitzung zurück und gab
seine Demission bis zur Bildung der neuen Re-
gierung wird das bisherige Kabinett die Ge-
schäfte weiterführen. Die Lösung der Krise wird
voransichtlich erst nach den Feiertagen Anfang
Jänner erfolgen. Der Reichstag hat sich bis
19. Jänner vertagt.

Militärputsch in Litauen.

Die Linksregierung verhaftet. — Die Litauken am Ruder.

Memel, 17. Dezember. Die das „Memeler
Dampfschiff“ zuverlässig erzählt, ist heute nachts
3 Uhr die bisherige Regierung in Romno gestürzt
und eingeschlossen worden. Smetona soll die Zügel
der neuen Regierung fest in der Hand haben. Das
Militär steht auf Seiten der neuen Regierung.
Neben Litauen ist der Kriegszustand
verhängt worden.

Riga, 17. Dezember. (Leta.) Durch den
Staatssturz in Romno ist die gesamte Regie-
rungsgewalt auf die neue provisorische Militä-
regierung übergegangen, die in ganz Litauen
den Belagerungszustand proklamiert und den ehe-
maligen Präsidenten der litauischen Republik,
Smetona, aufgefordert hat, das Amt des Präsi-
denten zu übernehmen. Smetona hat das Amt
angenommen. Der bisherige Präsident Grinius
wurde im Schloß interniert, alle Minister wurden
verhaftet, der Kommandant der litauischen So-
zisten, Oberst Grigoljunas Glovackis, wurde
zum Kommandanten der Hauptstadt ernannt. Bis-
her ist es zu keinem Blutvergießen gekommen, die
Bevölkerung bewahrt Ruhe.

Riga, 17. Dezember. Nach privaten Infor-
mationen aus Romno ist der Militär in Litauen
seit langem vorbereitet worden, insbesondere in
geheimen Beratungen, die mit Offizieren, die mit
den gegenwärtigen Zuständen unzufrieden waren,
und Vertretern des Schützenkorps, sowie des Ver-
bandes der Kriegsschweiligen Kameraden
hatten.

Heute morgen um 3 Uhr erschienen vor
dem Parlament, wo der litauische Landtag
gerade eine Nachsitzung abhielt, Trup-

penverbände. Ein Offizier betrat in Beglei-
tung von mehreren Soldaten den Sitzungssaal
und verkündete von der Rednertribüne, die
Armee habe die Beseitigung des be-
stehenden Regimes beschlossen, das
Litauen an die Bolschewisten und die Fremdstän-
digen ausliefern wolle. Die Armee nehme Be-
sitz von der Staatsgewalt, erkläre den
Landtag für aufgelöst und das Landtagsprä-
sidium für verhaftet.

Leiter des Anstreiches war Major Plecha-
vicus, der erst kürzlich von der Prager
Militärakademie nach Litauen zurückge-
kehrt ist und den litauischen Streitern angehört.
Plechavicus, der mit Smetona verwandt ist, hat
offiziell die Leitung des Generalstabes übernom-
men und sofort die Freilassung des jüngst verhaf-
teten Sozialistenführers Grigoljunas Glovackis an-
geordnet. Die Garnison von Schaulen hat sich der
neuen Regierung angeschlossen. In Memel ist
alles ruhig, der Kommandant von Memel hat
außerordentliche Vollmachten erhalten.

Die Warschauer Abendblätter weisen darauf
hin, daß Smetona ein erbitterter
Gegner Polens sei und erst vor kurzem im
litauischen Parlament eine scharfe Rede
gegen Polen gehalten hat, worin er die ge-
walttätige Angliederung des Wil-
nauer Gebietes an Litauen forderte. Die
Warschauer Presse ist wegen des Schicksals der
polnischen Bevölkerung in Litauen sehr besorgt.

Die Unternehmer haben schlechte Verdienste.

New York, 17. Dezember. (Reuter.) Der
Stahlmarkt in den Vereinigten Staaten hat für
das heutige Jahr eine Dividende von 40
Prozent festgesetzt.

Prager Kurse am 17. Dezember.

100 tschechische Gulden	1847.-	1858.-
100 Reichsmark	801.50	805.50
100 belgische Belgas	465.50	471.50
100 Schweizer Franks	651.50	654.25
1 Grund Sterling	181.30	184.40
100 Rire	160.00	161.45
1 Tollar	83.10	84.10
100 französische Franks	184.40	186.60
100 Lira	68.30	69.80
10,000 mognarische Kronen	4.68	4.78
100 polnische Slots	372.-	375.-
100 Schilling	475.25	478.25

Es fracht schon in der christlichsozialen Partei.

Was in Ihrem Zentralorgan über die Gegnerschaft im eigenen Lager erzählt wird!

Unser Blatt zu Weihnachten.

Da wir Wert darauf legen, daß alle unsere Leser im ganzen Lande unsere Weihnachtsnummer am ersten Weihnachtstertage früh in Händen haben, haben wir uns entschlossen, diese in verstärktem Umfange erscheinende Nummer unseres Blattes bereits am 24. Dezember früh erscheinen zu lassen. Unsere Leser werden dafür, daß am 25. Dezember keine Nummer unseres Blattes erscheint, durch den größeren Umfang unserer Weihnachtsausgabe entschädigt werden.

Die Redaktion und Verwaltung.

In eigener Sache.

Von Theodor Hartwig.

Im September l. J. habe ich mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der I. V. R. (Internationale proletarische Freidenker) der ersten Freidenkerdelegation Deutschlands angeschlossen, welche einer Einladung des Verbandes der „Gottlosen“ (Moskau) Folge geleistet hatte. Diese Delegation war aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzt und hatte die Aufgabe, den Stand der Freidenkerbewegung in Sowjetrußland kennen zu lernen, bzw. die Bedingungen zu studieren, unter denen sich die ideologische Aufklärungsarbeit vollzieht, wenn die Trennung von Staat und Kirche, von Schule und Kirche den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken unterdrückt.

Über meine Wahrnehmungen habe ich im „Freien Gedanken“ (Hodenbach) sowie in einigen Besprechungen (Brisant, Komolan, Rumersdorf) berichtet. Einige Artikel wurden vom Reichsdeputierten „Lottmaris“ und von der „Internationale“ nachgedruckt, teilweise ohne Quellenangabe, teilweise glossiert mit der merklichen Absicht, mich mit meiner Partei in Konflikt zu bringen.

Das ist sehr bedauerlich, umso mehr als gerade der Freidenkerbund in der C. S. R. bemüht ist, zur Entgiftung der Atmosphäre zwischen den beiden proletarischen Parteien beizutragen. (Vgl. die Beschlüsse des letzten Bundestages, an deren Formulierung Gen. Schmeichhart und Viktor Stern aktiv mitgewirkt haben.) Man sollte meinen, daß diese Entgiftung heute noch leichter zu bewerkstelligen sei, nachdem die tschechischen Sozialdemokraten der Regierung nicht mehr angehören und in einigen Fragen bereits ein politisches Zusammengehen der proletarischen Parteien zu konstataren ist.

Kritik und Gehässigkeit ist zweierlei. Der Sozialismus kann seinem Wesen nach die Kritik nicht erdulden, denn wer Neues aufbauen will, muß seine Zerstörung immer wieder an der Willkür fruchtigen. Das letzte Wort haben stets die Tölpel. Wer dem guten Willen allein gelangen will, nicht zum Sozialismus. Das gilt so gut für Sowjetrußland als auch für einen Generalstreik in England.

Es ist psychologisch sehr begründlich, daß breite Schichten des Proletariates zur Zeit des Umsturzes radikalisiert waren und geneigt haben, was in Rußland möglich war, das mußte sich auch in

Das Hauptorgan der deutschen Christlichsozialen, die „Deutsche Presse“, gibt in ihrer Freitagsnummer den Klagen und Anklagen eines Herrn Biemann Raum, die einen tiefen Blick in das christlichsoziale Parteilager gestatten. Nach diesen Auslassungen zu schließen, wird der Begriff „Parteidisziplin“, über die dieser Herr Biemann unter völliger Zustimmung der „Deutschen Presse“ schreibt, bei den Christlichsozialen immer mehr zum Fremdwort. Man lese nur:

„Das solche Anwohnen der Partei läßt Unvollkommenheiten in manchen Belangen nicht unberogen. Besonders äußert sich eine gewisse Unreife in dem Mangel einer entsprechenden Disziplin. Daß persönliche Meinungen der Meinung der Partei unterordnet werden sollen, will vielen nicht in den Kopf gehen. Sie sind vielmehr gewohnt, ihre Ansichten in ihrem sonstigen Wirkungsbereich durchzusetzen oder besitzen ein durch persönliche Vorgänge oder unterirdischen Besitz gesteigertes Selbstbewußtsein, das die Pflicht der Einordnung in ihnen nicht aufkommen läßt.“

Die Gründe dieser Disziplinlosigkeit sind weniger im „rassen Anwohnen der Partei“ als vielmehr in ihrer Tätigkeit zu erkennen, deren reaktionäre Richtung, Arbeiterfeindlichkeit und Zweischichtigkeit, jetzt eben auch schon sehr geduldigen Schafen zu dümmern beginnt. Und auch nicht der „materielle Besitz“ einzelner dürfte der christlichen Disziplin Abbruch tun, sondern weit eher die Befähigung jener christlichsozialen Arbeiter, die trotz Dummheit und Einkick in dieser kapitalistischen Partei auf die Dauer nicht festzuhalten sind.

Mit Reid läßt der Christlichsoziale Klager auf die gegnerischen, disziplinierten Parteien und sammt:

„An Stelle dieser beispielgebenden Einheitlichkeit“

Klassen bei uns persönliche Gegensätze, Eigenbräuterei und Widerspenstigkeit.

Darin äußert sich eine bedauerliche Unreife, aber auch eine Mißachtung christlicher Grundsätze. Was durch die Führung beschaffen worden ist, muß eingehalten werden. . . . Affekte stehen einget, weil es nicht nach ihrem Ruffe geht.

„absehbarer Zeit in Westeuropa durchsetzen lassen. Der Marxismus lehrt es anders: Eine Revolution kann man nicht „machen“, sondern eine Revolution muß sich zuerst wirtschaftlich vollzogen haben, ehe sie sich festlich und politisch auszuwirken vermag.“

Die russische Revolution bedeutet zunächst nur eine Bauerbefreiung, die wir in Westeuropa längst hinter uns haben. Die industrielle Entwicklung hat Rußland erst nachgezogen und welche sozialen Kräfte dies noch verzerrungen wird, davon hangen nicht nur die Bolschewiken, sondern auch die Sozialdemokraten. Jene, auch die Sozialdemokraten. Denn diese haben genau so ein Interesse daran, daß Sowjetrußland als Stützpunkt der proletarischen Revolution erhalten bleibt, wie irgend ein Parteikommunist. Das hat nicht nur Otto Bauer wiederholt betont, das

Barhebung gegen die Führung, Nichtteilnahme öffentlicher Parteivertreter an den Parteiberatungen, Vorgehen auf eigene Faust, Sympathisieren mit gegnerischen Partisanenschauungen, Mißachtung gefasster Beschlüsse

und Konfessionelle, die sich mit Parteidisziplin nicht vereinbaren lassen. Wo stehen da die christlichen Tugenden des Gehorsams, der Friedfertigkeit und Treue? Anerkennung ist der Mangel an brauchbaren opferwilligen Führern. Wer wird, wo sich solche Erscheinungen zeigen, die Verantwortung für die Führung zu übernehmen bereit sein? Diese Kinderkrankheiten müssen aufgedeckt werden, wenn ein besseres Schicksal verhinderet werden soll.“

Es ist uns, wenn wir von gelegentlichen Enthaltungen aus der nationalsozialistischen Partei absehen, kein Fall bekannt, in dem eine Partei gezwungen gewesen wäre, über das Chaos in ihrem Innern so beweglich und herzzerreißend zu klagen. Und es sind nicht nur die christlichsozialen Arbeiter, die der Partei anscheinend davonzulaufen beginnen, sondern auch Führer und Unterführer mucken auf, heben gegen die für die Parteipolitik verantwortlichen Männer, sabottieren die offiziellen Parteiberatungen, pfeifen auf die Beschlüsse und „sympathisieren mit gegnerischen Partisanenschauungen“. Ja, die christlichsozialen Parteimitglieder haben es eben zum großen Teile doch endlich schon satt, daß für die einen die christlichen Tugenden und für die anderen der jüdische Schachergerinn blühen sollen.

Die „Deutsche Presse“ gibt die Bemerkungen eines „um die christlichsoziale Bewegung sehr verdienten Parteimitgliedes in der „Heberzeugung“ wieder, „daß diese Worte Tausenden aus der Seele gesprochen sind“. Demnach ist der Prozeß der Unzufriedenheit mit der Partei (Regierungs-)Politik der Christlichsozialen in der eigenen Partei und die daraus resultierende Disziplinlosigkeit schon sehr weit fortgeschritten. Diese Tatsachen aus der Partei des Herrn Ministers Marx-Hartung sind umso interessanter neben der Erfindung seines Kollegen Spina über Unzufriedenheit in unserem Lager, über dessen jüdische Geschlossenheit Christlichsoziale und Landbändler vor Reid und Wut gespringen.

„sogar der russische Sozialdemokrat Dan, der kürzlich heftig gegen die Berichte der Rußlanddelegationen polemisiert hat.“

Wir Sozialdemokraten können, bei aller Anerkennung dessen, was in Rußland geleistet wurde, von unserer Auffassung der proletarischen Demokratie (im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie) nicht abgehen und verwahren und insbesondere gegen die Uebertragung der bolschewistischen Methoden auf Länder, in welchen ganz andere soziologische und psychologische Voraussetzungen vorliegen als in der Sowjetunion.

Wer von diesem Standpunkt aus meine Artikel liest, der wird nicht zu dem albernen Schluß kommen, daß ich irgendwie meiner Partei in den Rücken fallen wollte. Selbst wenn in Rußland der Sozialismus verwirklicht wäre, was natürlich nicht der Fall sein kann, selbst dann hätte die So-

zialdemokratie noch die historische Mission zu erfüllen, breite Massen der Arbeiterschaft erst für den Sozialismus zu gewinnen.

Diese meine sozialdemokratische Heberzeugung stützt sich auf meine psychologische Einsicht, daß sich der geistige Ueberbau eher „langsam“ als „rasch“ mit dem „ökonomischen Fundament“ umwälzt. Darum diene ich auch als Freidenker dem Sozialismus an der ideologischen Kampffront des Proletariates.

In die Wirklichkeit Konzeptionen machen kann ich als Sozialdemokrat auch, dazu brauche ich kein Parteikommunist zu sein. Wenn aber meine Partei politische Konzeptionen machen würde, mit denen ich nicht einverstanden wäre, dann würde ich offen austreten, denn heimliche Opposition liegt mir nicht.

Was das gesamte Proletariat verbindet, das darf ich auch als Sozialdemokrat solidarisich empfinden, ohne meine Parteigehörigkeit zu verlegen. Als Sozialdemokrat frage ich mich, daß die rote Fahne — noch — auf dem Astern flattert, als Sozialdemokrat verfolge ich aufmerksam die wertvollen Erfahrungen, welche man bei dem gigantischen Experiment Sowjetrußland macht, als Sozialdemokrat bin ich bereit, alles anzuerkennen, was unter schwierigsten Verhältnissen in Moskau geleistet wurde.

Aber als Marxist lege ich offen, daß ich den Kampf der kommunistischen Partei gegen die Sozialdemokratie prinzipiell und tatsächlich für falsch halte. Einmal mag dieser Kampf wenigstens psychologisch begründet gewesen sein: „Der Radikalismus ist die Kinderkrankheit des Kommunismus.“ (Lenin.) Heute aber erfordert die weltpolitische Lage eine andere Einstellung. Wenn die imperialistischen Mächte es heute noch nicht wagen, Rußland offen anzugreifen, so geschieht dies nicht, weil sie die Sowjetunion militärisch fürchten und schon gar nicht, weil sie die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern fürchten, auch nicht wegen China und Indien, sondern weil ihnen die Sozialdemokratie vorläufig noch zu mächtig ist. Die Sozialdemokratie aller Länder steht jauchzend vor Sowjetrußland und wenn in diesem Schwermüll eine Bresche gelegt wird, dann ergreifen sich die ruhenden Wogen des Imperialismus zuerst über die Sowjetunion. Daraus ergibt sich meine Stellungnahme: Für Sowjetrußland und gegen den Bolschewismus!

Die Budapester Wahlen.

Budapest, 16. Dezember. (RTZ.) Die Zählung der bei den Budapester Wahlen abgehaltenen Stimmzettel wurde am 9. Uhr abends abgeschlossen. Die bisher vorliegenden Teilergebnisse sind: Budapest 1. Bezirk: Regierungsfreundliche Stimmen 10.051, Linksoptionelle Stimmen 14.297; Budapest 2: regierungsfreundliche 5671, linksoptionelle 12.425, Rassenführer 753; Budapest 3: regierungsfreundliche 15.635, linksoptionelle 12.641, Rassenführer 2056. Zusammen: Regierungsfreundliche 31.373, linksoptionelle 21.363, Rassenführer 3811. Die Zählung wird morgen fortgesetzt.

Die Untersten.

32 Roman von Victor Rod.

„Mädchen, mein liebes Mädchen — ich will nicht untergehen, ich will nicht, will nicht, will nicht! Hinan! will ich, mit dir hinauf! Aber wo ist der Weg?“

Sie überlegten miteinander, planten und bauten und hofften und wurden wieder fröhlich. Und kauften dabei auf all die feinen Geräusche im Hause und hörten dann auch das Luscheln und Klüpfeln und ersticke Lachen und Rollen als die „Mutter“ die heimlichen Gäste und die Kellnerinnen hinausließ. Da schlüpfte er in seine Kammer und sie in ihr Bett. — —

Achtes Kapitel.

Seine Hände waren wieder zwischen den hundert Händen, die nach dem „Arbeitsmarkt“ griffen; sein Stohgebet häuften sich mit denen der andern, zur Armut verbannten die sich Tag für Tag vor der Ausgabestelle der Zeitung zu einander fanden. Ein Chor, der wie Sturmgewehr aufzuwühlen mußte und doch unerschrocken zerstückte, verwehte. Er rannte wie die andern verzweifelt um Arbeit und Brot, gehetzt von Angst vor sozialem Untergang.

Er wurde Adressenschreiber. Vom Morgen bis in die Nacht beschrieb er Briefumschläge, bis die Finger steif wurden im Krampf, und verdiente nicht genug, die dabei vorausgabte Arbeitskraft wieder zu ersetzen. Als Versicherungsagent lief er in Wirtshäusern oom Keller bis zum Boden, von Tür zu Tür hinauf hinab, über tausend Treppen, blühte immer wieder in ansehnliche Proletarierwohnungen, stand immer wieder vor vergammelten, gequälten, verbitterten Gesichtern, abgewiesen von mißtrauisch prüfenden Augen. Er dachte, ist Armut nicht Höllenqual, kann es irgendwo ein Leben

geben, das mehr von Schönheit Freude und Frieden verlaßen ist, als das mit dem Fluch der Armut beladene Menschenleben? Noch weniger denn als Adressenschreiber verdiente er als Versicherungsagent. Ein Rechtsanwält suchte einen Schreiber. Der Konkurrenz um Rosenlängen voraus, sagte er an die Tür dieses Mannes. Er arbeitete bei ihm für fünfzig Pfennige Tageslohn. Einen Diener verlangte ein Privatgelehrter. Mit geizigen Augen musterte ihn der von Husten geplagte alte Mann. Eine dunkle und enge Wohnung sollte er ihm sauber halten, seine Kleider und Stiefel ihm reinigen und auch Küchenarbeit verrichten.

„Ein elendiger Wurm bin ich, in den Staub getreten!“ schrie es in ihm und zum Sterben hangte war ihm. Er war verzagt wie noch nie.

Schließlich nahm er wieder eine Stelle als Klavierspieler an.

Triibe wie der früh dunkelnde Herbstabend war seine Seele gestimmt. Die Fronten der Straße, monoton grau, so farb, wie freudlos drängten auf ihn ein. Die Dämlichkeit dieser Tage undüsterte ihn. Lohnt es sich denn, lohnt sich denn überhaupt noch, zu leben? Mit leeren Blick verfolgten die Augen die Hausnummern und fanden, die er suchte an einem Hause, mühsamer, teilloser, gemeiner und vernachlässigter noch als andere Häuser in dieser Straße. Der Putz war in großen Klöden bis auf die rohen Fegel abgegebüßelt. Der Treppenaufgang lag seitlich in der Darschahrt zum Hof, wo Schuppen und Ställe waren. Das Licht einer blinkenden Lampe spülte über die untersten Stufen der Treppe und verblüdete blinzelnd in Pfägen auf dem Steinpflaster. Der Wind tollte wie verroffete Konfervenbüchse hin und her. Aus Spalten und Winkeln quoll Geruch der Armut. Nach Bratistoffeln dunkelte es über die Treppen hinauf aus dem Kellerlokal. Dort hinein mußte Walter. Dort hieß er jetzt.

Klavierspieler am Samstags, dabei der

Wirt. Mädchen, frisiert und geschminkt; ein gepudertes Händchen auf feinem Schoß, von den Basterhaften gedrückt, gestreichelt, gehegt und geföhlt.

„Doch! doch! man muß der Jesuitische sein!“ logte unvorsich ein Mann.

„Mensch, darauf hast du doch keine Ausgab!“ entriest und lachend die Mädchen; und eine von ihnen: „Dein Oker ist eifersüchtig!“ Gelächter und stichelndes Gerede.

Einer war da, der liebt Rußland mehr als die andern und bestellte beim Wirt mit Gese und Miene für Walter ein Bier. Groß und stark war er, hatte mächtige Kiefern, grobes Sinn und kräftigen Naden und — überwachend dazu — sentimentale, traurige, graue Augen. Die niedrige Stirn war verfürzt noch durch den tief heruntergezogenen Scheitel, und eine dick aufgeränderte Narbe, wie ein Sahnenkamm, lag wie eine Krampfadler vom Augwinkel bis unter das Kinn. Er sah böse aus wie ein doppelnasiger Kettenhund und liebte dabei weiche, schmachtende Mädchen, und die Rußland machte ihn Walters zum Freund. Gefürchtet von den andern, verschaffte ihm seine Gutmütigkeit.

Es war nicht seine Art, viel zu reden, und war schon eine besondere Stunde, als er sich zu Walters setzte und ihm erzählte, leise, für sich und ihn allein, und mit beheimlichtem Gesicht und glanzenden Augen von seinen wilden Lebensfahrten.

„Ja, Mensch, — da staunste, wahr!“ und weidete sich an seinem Erzählen. Zähne lachten, groß und gold wie beim Klavierspieler. „Der Ding“ er tippte nachlässig an die Narbe, „war der Dolch von einm Chinesen. — San Franzisko — Opiumböhle. Neffährlicher war aber der!“ Er sah sich um ob niemand ihn beobachtete und schob den Rockärmel hoch und zeigte die Narbe am talwärtigen Arm. „Dankemerge mit Seeräubern, — Chile. — vor Antofagasta. — Ja — mein Lieber, — hab' mir kenn' jekern! Aid mal hier,“ er zog ein

vergilbtes Blatt aus der Brusttasche. Walter las: „Francesco Longo! Der Mann mit dem eisernen Gebiß! Sensationell!“

„Und Sie das?“

Er nickte nur. Sein Blick schielte schon nach den Nachbarischen, und seine Hand — was für eine Hand! dachte Walter entsetzt — zog schnell das Blatt zurück. „Sange her!“ Er war erregt von der Erinnerung. „Prost!“ Er trank, um sich zu bederrchen. „Ja, — das ist längst vordel. — Wie kommt du esentlich hieher?“

Walter berichtete, wie er die Heimat verlassen und gleich in den „Auswanderer“ geraten war.

„— in der Seintrah?“

„Sie kenn'n das Lokal?“

„Ja, ob!“ Das Gesicht verfinsterte sich. „Ach was! — Prost!“ So hart stieß er das Glas auf den Tisch, daß der Wirt rasch kam, es frisch zu füllen.

„Wie heißt doch die Oke?“

„Sie meinen die Wörder?“

„Ja, — die Pauls. — Seit ich mich mehr bejingte.“

„An die vierzig.“

„I geht a pu!“

„Doch — sie ist kräftig und gesund und hat jedenfalls auch recht viel Geld. Die Wördergrube ist doch 'ne Goldgrube.“

„Und die Junge — was ihre Tochter ist?“

Walter erzählte. Die Frage war ihm aus diesem Mund peinlich. „Ich kenne das Fräulein kaum.“

„No, — und der Mann, der — Vater?“ Er schloß die Augen, um den lauernden Blick zu beschatten.

„Tot.“

Franz Wörder verzog keine Miene. Er schweig. Walter hatte kaum zu spielen begonnen, da ging er mit knappen Gruß fort.

(Fortsetzung folgt.)

Rüstungsdebatte im Senat.

Genosse Joll zum 315 Millionenfonds. — Weihnachtsferien.

Freitag, 17. Dezember. Der Senat erledigte heute in ziemlichem Eile die Rüstungsvorlage, die Schanweinsteuer und die Vorlage über die Grenzalkoholsteuern und ging dann in die Weihnachtsferien.

In der Rüstungsvorlage nahm Genosse Joll ausführlich Stellung; er hielt namentlich den Verteidigungsbürokraten vor, was ihre hervorragenden Vertreter noch vor kurzem über die Rüstungen und die damit verbundenen Riesenausgaben gesagt haben. Heute aber vermehren dieselben Herren das Heer unserer Hurrapatrioten!

Unsere Fraktion hatte, um nichts unberücksichtigt zu lassen, Abänderungsvorschläge eingebracht, die wenigstens eine parlamentarische Kontrolle sichern sollten, wenn schon der Fonds nicht verhindert werden konnte. So wurde schließlich die Vorlage eines detaillierten Berichtes über die Verwendung des Fonds an die beiden Wehrausschüsse verlegt; außerdem sollte das Ausgabenprogramm vor seiner Verwirklichung dem Wehrausschuss wenigstens zur Kenntnis gebracht werden; endlich sollte auch jener Passus gestrichen werden, der die Beschränkung der Ausgaben auf 1400 Millionen eigentlich illusorisch macht.

Die Mehrheit kümmerte sich darum jedoch überhaupt nicht und auch die deutschen Regierungsparteien, denen doch vor der Verantwortung bange sein sollte, Milliardenbeträge auf elf Jahre hinaus jeder kommenden Mehrheit zu bewilligen, stimmten unsere Anträge nieder, obwohl der Referent nicht ein einziges Wort zur Begründung der beantragten Absehnung vorbrachte! So sehr sind die Herren von den deutschen Regierungsbänken, die den ganzen Staat umzukampeln gedachten, bereits zum willigen Koalitions-Stimmvieh herabgesunken!

Zu Beginn der Sitzung um 2.03 Uhr wird der Kommunist Herr Joll wegen „ausgesprochen hochherräufischer Ausdrücke“ in je net letzten Rede nachträglich zur Ordnung gerufen. Dann geht das Haus in die

Beratung des Rüstungsfonds

ein, für den der Berichterstatter alle möglichen „Argumente“ mühsam zusammenträgt.

Duncker (Soz. Dem.) verweist auf die ungünstigen Arbeits- und Lohnverhältnisse gerade in der Rüstungsindustrie und verlangt die Einführung einer Klausel, daß die Mittel des Fonds zu anderen als im Budget angeführten Zwecken nicht verwendet werden dürfen.

Genosse Joll:

Durch die in Debatte stehende Vorlage werden durch elf Jahre alljährlich 315 Millionen einer Regierung, die man heute noch gar nicht kennt, zur freien, sachlich unkontrollierbaren Disposition gestellt. Bisher sind ja überhaupt seit Bestand des Staates noch alle Anforderungen der Militärverwaltung anstandslos bewilligt und wiederholt große Kreditüberschreitungen ohne weiteres gutgeheißen worden. Noch nie hat sich eine Mehrheit gefunden, die es genügt hätte, von dem Vorschlag des Verteidigungsministeriums auch nur eine Krone abzustreichen. Um diese Volksvorstellung müßte man unsere Militärverwaltung direkt beneiden! Der Herr Referent hat uns über

die Beweggründe für dieses Gesetz

ganz im unklaren gelassen; nach unserer Prüfung waren wohl folgende Gründe für die Vorlage maßgebend:

Es ist zu erwarten, daß trotz der Winkelzüge unseres Außenministeriums die Abrüstungsfrage im Völkerbund so weit gedeiht, daß wenn nicht eine kleine Eindämmung der Rüstungen, so doch wenigstens deren Stabilisierung auf Grund ihres gegenwärtigen Standes erreicht werden wird. Dieser drohenden Gefahr sieht nun das Verteidigungsministerium durch eine Erhöhung der gegenwärtigen Rüstungen zu begegnen, ähnlich wie es vor dem Beitritt zur Konvention über die Beschränkung des Waffenhandels die staatliche Waffenfabrik noch schnell in eine private umgewandelt hat.

Ein weiterer Grund ist der, daß man die Rüstungen der Kontrolle durch die Volksvertretung entziehen will. Bisher hatte man wenigstens bei der Budgetberatung eine beschränkte Möglichkeit der Kritik an unseren Rüstungen; nunmehr soll das Verteidigungsministerium ganz nach freiem Ermessen über die Rüstungen verfügen können.

Das Volk ist der große dumme Lämmler, der nur zu zählen und im Übrigen zu schweigen hat.

Ein dritter Grund liegt darin, daß unsere Rüstungsindustrie erst den Anforderungen überhaupt nicht nachkommen und so ein Teil des Budgets nicht aufgebracht werden konnte. In dem Prozeß betreffend die Vorfälle im Brunner Konturdepot wurde ja festgestellt, daß das Ministerium zu Jahresende so viel wie möglich aufkaufen ließ, um nur nicht die budgetierten Gelder verfallen zu lassen. Um die Summe von 843 Millionen, die in den letzten drei Jahren auf diese Weise trotzdem nicht mehr aufgebracht werden konnte und die infolgedessen verfiel, tut es den Herren im Ministerium unendlich leid.

Die Dotierung des Fonds durch Sammlungen und Spenden wäre eine Sache, mit der sich eigentlich die Kirche auseinandersetzen müßte, denn es ist

ein Konkurrenzunternehmen, das dem Klingelbeutel entgegensteht wird.

Man könnte darüber hinweggehen, wenn nicht dadurch die Möglichkeit einer ungeheuren Korruption und indirekter Erpressungen bei den Lieferungsvergebungen geschaffen würde. Diese Sammlungen könnten bald eine ähnliche Rolle spielen wie im Krieg die Kriegsanleihezeichnungen bei der Erteilung von Urlauben.

Eine besondere Heuchelei

Ist der § 3, der die Beschränkung des Budgets auf die Summe von 1400 Millionen vorsieht, dabei aber gleichzeitig ein Hintertürchen offen läßt, das die Möglichkeit von Ueberschreitungen mit Hilfe der militärfrommen Mehrheit jederzeit gibt. Wir müßten überhaupt die Frage aufwerfen:

Gegen wem rüsten wir denn eigentlich?

Man braucht kein großer Außenpolitiker sein, um zu erkennen, daß uns wirklich von keiner Seite Gefahr droht. Auch ist der Satz, daß der liebe Gott mit den stärksten Detaillisten sacht, heute nicht unbedingt mehr in Geltung. Zur Erreichung eines dauernden Friedens müssen die Rüstungen der Länder im Gegenteil eine große Verminderung erfahren.

Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß die Zahl unserer Hurrapatrioten in diesem Staate zweifellos eine Vermehrung erfahren hat;

die deutschen Regierungsparteien haben, wie Genosse Joll sodann an Hand eines ausführlichen Materials nachweist, noch vor kurzer Zeit über die Rüstungsfrage eine ganz konträre Meinung gehabt. Dieselben Herren haben sich zur Behandlung der nächsten Militärvorlage auch schon eine Begründung zurechtgelegt: Da die ausgegebenen Summen der Volkswirtschaft zugute kämen, so müßte die eingeschlagene Richtung beibehalten werden. Gerade das Gegenteil ist richtig!

Je mehr Rüstungen, desto mehr Steuern und Abgaben, je mehr Steuern und Abgaben, desto teurer ist die Produktion!

Gefährter wird durch die Rüstungen lediglich das internationale Rüstungskapital, das heute noch viel mehr international verflochten ist als vor dem Kriege.

Die Herren sollten sich nicht den Kopf darüber zerbrechen, daß die Arbeiterschaft in Rüstungsindustrie gegenwärtig die Ausgaben für Rüstungszwecke versiegen; aus ihrem Munde mutet Fürsorge für die Arbeiterschaft wie aufgelegter Hohn an.

Alle die ersparten Summen können für produktive Zwecke viel besser verwendet werden. Auch die Behauptung, die Industrie könne nicht umgestellt werden, ist lächerlich; ein größeres Armutszeugnis könnten sich die Industriellen, die das behaupten, gar nicht aussuchen!

Wir haben, um der Schlange, die wir nicht töten können, wenigstens die Giftzähne anzubrechen, eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. Wenn Sie sich nicht entschließen können, das Gesetz überhaupt abzulehnen, wie wir es tun, so bitten wir Sie, diese Abänderungsanträge anzunehmen. (Beifall.)

Kobal (Soz. Dem.) kritisiert namentlich die unerhörte Tatsache, daß die Vorlage, die eine Belastung von fast dreieinhalb Milliarden für den Staat bedeutet, getreu im Wehrausschuss mit einem Referat von wenigen Minuten erledigt war und daß nicht einmal ein einziger Vertreter des Ministeriums, geschweige denn der Herr Minister selbst, in der Sitzung erschien. Ja, die Mehrheitsparteien hatten es sogar ausdrücklich abgelehnt, die Anwesenheit eines Vertreters des Ministeriums zu verlangen. Auf diese Weise werde der Wehrausschuss das fünfte Rad am Wagen.

Kobal (Soz. Dem.) verlangt die Vergütung von militärischen Lieferungen in die Slowakei; Hampf (Comm.) verweist darauf, daß drei Milliarden für Rüstungen bewilligt werden, während für Invaliden, Arbeitslose und Hungernde kein Geld da ist. Dyl (Nat. Dem.) sucht den Vorwurf zu entkräften, daß das Parlament keine Kontrollmöglichkeit habe und erklärt, man könne sich keinen „chimären Pazifismus“ hingeben.

Der Antrag unserer Fraktion auf Uebertragung zur Tagesordnung wird abgelehnt und ebenso sämtliche Abänderungsanträge unserer Partei sowie der tschechischen Sozialdemokraten niedergestimmt. Daß der Berichterstatter es trotz mehrfacher Aufforderung nicht für notwendig erachtet, die Absehnung dieser Anträge auch nur mit einem Worte zu begründen, tut bei unseren Genossen empörten Widerpruch hervor, an den sich eine nicht sehr schmeichelehafte Kritik der deutschen Christlichsozialen, die faktisch für die Vorlage stimmen, anknüpft.

Zu der Vorlage über die Einführung der Schaumweinsteuer,

durch die gleichzeitig die Steuer auf andere Flüssigkeitsweine aufgehoben wird, spricht außer dem Referenten nur der deutsche Landwirtsch. Aussch., worauf auch diese Vorlage angenommen und der Antrag der Gewerdeparteiler auf

Verlängerung der Liquidierungsfrist der Grenzalkoholsteuern

in Verhandlung gezogen wird.

Hierzu hält der tschechische Sozialdemokrat Jaros eine eindrucksvolle Rede, in der er unwiderleglich aufzeigt, daß nur ganz große Klassenverbände die Mittel aufbringen können, um die Volkswirtschaft nach dem neuesten Stand der Wissenschaft und mit den modernsten Apparaten durchzuführen, während die Proletariat, deren Liquidierung neuerdings verzögert werden soll, dies absolut nicht leisten können. Die Mehrheitsparteien sollten die Experimente lieber unterlassen, da es im Interesse der Versicherten wie der Arbeitgeber sei, daß eine straffe Zentralisierung der Sozial- und Krankenversicherung durchgeführt werde.

Auch der Kommunist Kontny warnt vor der Zersplitterung der Krankenversicherung. Natürlich helfen bei der Mehrheit, die nur die Sitzung möglichst rasch zu beenden sucht, keine immer gearteten Argumente. Die Vorlage wird ebenfalls angenommen und dann auch gleich die zweiten Beschlüsse vorgenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende Druban schließt gegen 6 Uhr abends mit den üblichen Dankworten und Weihnachtswünschen an das Haus und die Beamtenschaft die Sitzung.

Ihre Laten.

Register der jüngsten agrarischen, christlich-sozialen und gewerdeparteilichen Sünden!

Nachfolgende Zusammenstellung soll in Schlagworten ein Bild von der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Haltung der Bürgerregierungsparteien, die mitheßen, daß alle Anträge, die die deutschen Sozialdemokraten zum Sozialvorschuß gestellt hatten, abgelehnt wurden. Die deutschen Landwirtsch. und Christlichsozialen, die ihre Minister in diesem Kabinett sitzen haben, und ihre Hochläufer von der deutschen Gewerdepartei erwiesen sich als

politische Reaktionäre

indem sie stimmten:

- Für die Erhaltung des Prügelpatents,
- Für die Erhaltung des Terrorgesetzes,
- Für die Erhaltung des Preßgesetzes,
- Für die Erhaltung des Schutzgesetzes,
- Gegen die Trennung von Kirche und Staat,
- Für die Einmischung auswärtiger Regierungen, das heißt:
- Für den italienischen Faschismus!

Sie erwiesen sich als

Arbeiter- und Angestelltenfeinde

indem sie stimmten:

- Gegen die staatliche Arbeitslosenunterstützung,
- Gegen die Arbeitslosenversicherung,
- Gegen den Schutz der Land- und Forstarbeiter,
- Gegen den Schutz der Tabalarbeiter,
- Gegen den Ausbau der Grubeninspektion,
- Gegen die Errichtung paritätischer und obligatorischer Arbeitsvermittlungsanstalten,
- Gegen Arbeiter- und Angestelltenkammern,
- Gegen die Sonntagsruhe,
- Gegen die Gleichstellung der Pensionisten,
- Gegen die Teuerungszulagen für Bruderladenpensionisten,
- Gegen die Herabsetzung der Bahntarife,
- Gegen erhöhte Krankenhaus-Bautätigkeit!

Auch die Parteien der Spina, Wahr-Hatting und Siengl erwiesen sich als

„die wahren Freunde der deutschen Nation“.

indem sie stimmten:

- Gegen die Beendigung des Staatsangestellten-Abbaues,
- Arbeiter, Angestellte, Beamte, Eisenbahner, Postler, Kriegsinvaliden, Arbeitslose, Soldaten, Pensionisten — leid denen eingedient!

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Sonntag.

Freitag, 18. 9.30: Landvolksrat über Rundfunk. 11:30: Besprechung des Reichsausschusses. 11:30: Rundfunk. 12:30: Rundfunk. 13:30: Rundfunk. 14:30: Rundfunk. 15:30: Rundfunk. 16:30: Rundfunk. 17:30: Rundfunk. 18:30: Rundfunk. 19:30: Rundfunk. 20:30: Rundfunk. 21:30: Rundfunk. 22:30: Rundfunk. 23:30: Rundfunk. 24:30: Rundfunk.

Freitag, 18. 9.30: Landvolksrat über Rundfunk. 11:30: Besprechung des Reichsausschusses. 11:30: Rundfunk. 12:30: Rundfunk. 13:30: Rundfunk. 14:30: Rundfunk. 15:30: Rundfunk. 16:30: Rundfunk. 17:30: Rundfunk. 18:30: Rundfunk. 19:30: Rundfunk. 20:30: Rundfunk. 21:30: Rundfunk. 22:30: Rundfunk. 23:30: Rundfunk. 24:30: Rundfunk.

- Gegen die Schadloshaltung der Abgebauteen,
- Gegen die Aufhebung der Sprachenprüfungen,
- Gegen die Schadloshaltung der abgebauten Eisenbahner und Postler,
- Gegen schließelmäßige Kernerbeziehung nach dem Verhältnis der Nationen,
- Gegen die Unterstützung des deutschen Schulwesens,
- Gegen die Vorbereitung der nationalen Kulturautonomie,
- Gegen eine Subventionierung der deutschen Theater,
- Gegen eine entsprechende Unterstützung der deutschen Musikschulen,
- Gegen eine sofortige, gerechte Neuwahl des Bodenausschusses,
- Gegen die Vorlage eines genauen Berichtes über die bisherige Bodenreform.

Schließlich haben die clerikalen Kriegspapstler und die agrarischen Kriegsverlängerer wieder ihre Massen gelüftet und unter der Parole

Bald wieder Krieg!

für oder gegen folgende Forderungen gestimmt:

- Für ein Militärbudget von 1400 Millionen,
- Für einen Rüstungsfonds, der bis 1937 jährlich mit 315 Millionen Steuergeldern gespeist werden muß,

- Gegen die Herabsetzung des Präsenzstandes,
- Gegen die Verkürzung der Militärdienstzeit,
- Gegen normale Löhnung für kranke Soldaten,
- Gegen Teuerungszulagen für die Mannschaft,
- Gegen die Regelung der Unterhaltsbeiträge,
- Gegen volle Entschädigung der im Militärdienst Verunglückten,

Für die Kürzung der Invalidenrenten!

Das ist nur ein Auszug aus dem Stimmentag! Diese Laten allein müssen genügen, um die Parteien, die solche Schuld auf sich luden, um das Vertrauen aller arbeitenden Menschen zu bringen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Eisenbahner, Postler, Kriegsinvaliden, Arbeitslose, Soldaten, Pensionisten — leid denen eingedient!

Rundfunk für Alle!

Freitag, 18. 9.30: Landvolksrat über Rundfunk. 11:30: Besprechung des Reichsausschusses. 11:30: Rundfunk. 12:30: Rundfunk. 13:30: Rundfunk. 14:30: Rundfunk. 15:30: Rundfunk. 16:30: Rundfunk. 17:30: Rundfunk. 18:30: Rundfunk. 19:30: Rundfunk. 20:30: Rundfunk. 21:30: Rundfunk. 22:30: Rundfunk. 23:30: Rundfunk. 24:30: Rundfunk.

Tagesneuigkeiten.

Die unausgeleiteten Schuldrohungen.

Gestern haben wir über die Schuldrohungen in Daura berichtet und am selben Tage wird uns schon ein anderer Fall bekannt, den der Karlsbader „Volkswille“ aus Olbacht bei Reudel meldet: Die Bevölkerung dieses Ortes setzt sich zu 90 Prozent aus Industriearbeitern zusammen, die in Reudel Beschäftigung haben und deren Kinder wieder in der Stadt Arbeit finden sollen. Die Bevölkerung des Ortes, die weiß, daß ihre Kinder im Erziehungskampfe den Wettbewerb mit den Kindern der Stadtbevölkerung aufnehmen müssen, hat auf die Schule immer großen Wert gelegt und sich unter großen Opfern eine zweiklassige Schule geschaffen. Gegenwärtig beträgt die Schülerzahl 42, sie wird aber im nächsten Schuljahre auf über 50 steigen. Weil nun der Ort nicht die im Besetze geforderte Schülerzahl hat, müssen nach einer Verfügung der Bürostaten im Landesschulrat beide Klassen zusammengezogen werden. Eine Lehrkraft wird in Zukunft alle 42 Kinder unterrichten. Die das nächste Jahr werden soll, ist noch gar nicht klar, da ein Klassenzimmer nur einen Raum für 43, das andere für 42 Kinder aufweist. Diese empörende und beschämende Verfügung ist dem Ortsrat in Olbacht erst am 26. November zugestellt worden. Während also die Minister hinangehen und schöne Reden halten, unterschreiben die tschechischen Reichsbürokraten im Landesschulrat Dekrete, durch die das Volksschulwesen vernichtet werden soll. Wenn sie, zur Rede gestellt, darauf hinweisen, daß da und dort auch tschechische Schulklassen aufgelassen werden, so zeigt das nur, daß die Herrschenden an den Bildungsbestrebungen des Volkes kein Interesse haben und daß sie den kulturellen Aufstieg der Bevölkerung nicht wünschen.

Zugsentgleitung bei Ostrau.

Nähr-Ostrau, 17. Dezember. Heute um 6 Uhr 10 Min. früh entgleiste der Schnellzug Nr. 8 auf der Fahrt von Odersberg nach Prag (Abfahrt Odersberg 5 Uhr 46 Min.) bei der Durchfahrt der Station Hruška an der Südseite vor der Oderbrücke. Vier Waggons sprangen aus dem Geleise, einer hiervon stürzte um und verlegte die Strecke. Der Frachteinverkehr ist unterbrochen und dürfte etwa um 15 Uhr wieder aufgenommen werden. Der Personerverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Ursache des Unfalles ist ungewiss, es scheint Schienenbruch. Der zuerst entgleiste Waggon wurde etwa 200 Meter weitergeschleift, stürzte um und rief drei weitere Waggons nach sich. Mehr Reisende wurden durchwegs leicht verletzt; außer ihnen erlitt erstere Verletzungen die Aufwärtswagen Amalie Barbiela aus Neu-Odersberg, welcher die Waggoneinigung oblag.

Die „Deutsche Landpost“ und Herr Jan-nausch klagen Dr. Lodgman. Dr. Lodgman hatte am 31. Juli 1923 in der „Bohemia“ eine kurze Nachricht veröffentlicht, in welcher er gegen die drei anonymen Angriffe gegen ihn Stellung nahm, indem er die „Angebildungen“ auf die niederträchtige Gefinnung von zünftigen Taschendieben, gewerbsmäßigen Ehrabschneidern und politischen Wegelagerern“ zurückführte. Weber die „Deutsche Landpost“, noch Herr Jan-nausch waren in dem betreffenden Aufsatze des Herrn Dr. Lodgman genannt. Nunmehr haben beide gegen Dr. Lodgman wegen Ehrenbeleidigung durch die Presse die Klage beim Prager Landesgericht erhoben. Der betreffende Paragraph lautet: „Eine Ehrenbeleidigung macht sich schuldig, wer durch Mitteilung von erdichteten oder entstellten Tatsachen jemanden namentlich oder durch auf ihn passende Kennzeichen föhlich einer bestimmten unehrlichen oder solchen unehrlichen Handlung beschuldigt, welche diesen in der öffentlichen Meinung verdächtig zu machen oder herabzusetzen geeignet ist.“

Heraus mit der Altersversorgung! Ein Genosse schreibt uns: Führt da fast täglich ein altes Mütterlein von Mariaschein nach Leipzig in die Kurstadt und zurück. Doch nicht um ihre alten, zusammengeschrumpften Knochen in den Heilbädern der Stadt wieder gebrauchsfähig zu machen, sondern, das gibt es nur für die, die Geld haben. Dieses alte Weiblein, das im Februar 1927 sein 92. Lebensjahr vollendet, muß heute noch auf Verdienst ausgehen. Arbeiten im bürgerlichen Sinn, also „rennabel“ arbeiten, kann es nicht mehr. Ihre Kinder, selbst ausgelegene Proleten, können ihr eine rechte Unterstützung nicht zusammen lassen. So muß nun dieser alte, zwanzig-jährige Mensch ohne Rücksicht auf Wind und Wetter noch immer auf Verdienst ausgehen. Das ist die, ach so göttgewollte Ordnung, die es jagt, daß ein Mensch nicht nur bis ins hohe, nein, bis ins höchste Alter noch trotzdem muß ein paar Kronen zu erwerben, um nicht beschämlich zu verhungern. Dieser alte Mensch, der sich kaum mehr auf den Beinen halten kann, hat von seinem zwölften Lebensjahre an gearbeitet und der Lohn dafür ist der Bettelstab. Darum muß immer wieder der alte Ruf erschallen: Heraus mit der Altersversorgung!

Ein Fonds für Abgeordnetenversicherung wurde Donnerstag im Abgeordnetenhaus gegründet. Jeder Abgeordnete zahlt 50 K monatlich in den Fonds ein, wofür im Ablebensfalle den Hinterbliebenen ein Betrag von 25.000 K flüssig gemacht wird. Der Fonds wird von einem Kuratorium verwaltet, dessen Vorsitzender der Abge-

ordnete Spatny ist; zu Stellvertretern wurden Genosse Dr. Czich und der Agrarier Masata gewählt. Sekretär ist Roudnický, Kassier der tschechische Sozialdemokrat Klein, während zu Revisoren Burian und Heller gewählt wurden; von der Einsetzung eines erweiterten Ausschusses wurde abgesehen. Gleichzeitig wurde beschlossen, sofort die zur Sicherung des Anspruches notwendigen Formularien auszugeben.

Er mordung eines Chauffeurs. Donnerstag haben auf der Straße zwischen Sechauen und Stendal in Prachen drei Leute den Chauffeur eines Mietautomobils während der Fahrt ermor-det, um sich den Wagen anzueignen. Ein Land-jäger aus Hinderburg bei Osterburg hat den ge-wandten Wagen mit einem anderen Automobil verfolgt, die drei Täter gestellt und bereits in der Nacht ins Stendaler Gefängnis eingeliefert. Sie waren bei einem Autokändler in Sechauen er-schienen, um angeblich ein Auto zu kaufen, und der Wagen war ihnen für eine Probefahrt zur Verfügung gestellt worden. Die drei sollen vor kurzem im Rheinlande einen ähnlichen Mord-anfall ausgeführt haben.

Absturz eines Militärflugzeuges in Preshburg. Donnerstag ereignete sich auf dem Militärflug-platz von Weibern bei Preshburg ein Flugun-glück. Der Militärpilot Zugführer Palesch stieg auf einem Militärflugzeug bis zur Höhe von un-gefähr 700 Metern auf, als aus unausgeklärter Ursache das Benzol Feuer fing. Der ge-istesgegenwärtige Pilot verlor die rasche Lan-dung und sprang in der Höhe von ungefähr fünf Metern vom Erdboden aus dem Flugzeug heraus. Er fiel aber sehr heftig zu Boden und erlitt dabei schwere Verletzungen, so daß er ins Mil-itärspital gebracht werden mußte, wo ihm ein Fuß amputiert wurde. Der Zustand des Fliegers ist sehr ernst. Die Ursache des Unglücks wird untersucht.

Zum Anschlag auf den Virtuosen Riesen. Auf den karpatorussischen Virtuosen Georg Riesen wurde bekanntlich vor einigen Tagen von einem Mädchen ein Giftglas geschleudert, so daß er an beiden Augen erblindete. Die Atten-täterin ist nach dem Anschlag geflohen und die Polizei konnte sie bisher nicht verhaften. Ein Rei-sender erstattete nun bei der Kaspauer Polizei die Anzeige, daß sich die Klein in Debrecin be-finde. Auf Grund dieser Angaben wurde die Polizei in Debrecin um die Ansforschung und Verhaftung der Verbrecherin ersucht. Der unglück-liche Künstler befindet sich zurzeit auf der Augen-klinik des Preshburger Universitätskrankenhauses. Er wurde dahin gebracht, um einer Augenopera-tion unterzogen zu werden. Die nähere ärztliche Untersuchung ergab jedoch die Zwecklosigkeit einer Operation.

Die Jahreskarten dritter Klasse werden um zwanzig Prozent teurer. Der Verwaltungsrat der Staatsbahnen hat in seiner letzten Sitzung einen Beschluß gefaßt, der bewirkt, daß auf alle Gatt heute allen Entlohnungen der Regie-rungsstellen zugrunde liegt. Vom 1. Januar 1927 werden die Jahreskarten dritter Klasse um zwanzig Prozent teurer, jene der ersten und zweiten Klasse jedoch auf ihrer bisherigen Höhe belassen. Zu den Abnehmern von Jahreskarten zählen in erster Reihe Geschäftsreisende, Marktbesucher und keine Gewerbetreibende, denen die Jahreskarten als Erleichterung bei der Ausübung der Berufstätigkeit am dienlichsten seien. Nun ist die Erlössteige dieser Berufsstände, vornehmlich aber die der reisenden Angestellten, derart schlagend, daß die Maßnahmen des Eisenbahnministeriums in diesen Kreisen ungemein schwer empfunden werden müssen. Dies um so mehr, als dies in diesem Jahre bereits die zweite Erhöhung der Jahreskar-ten ist und da keine Aussicht besteht, daß sie auf die Unternehmern überwälzt werden können. Die Entlohnung der reisenden Angestellten beläuft sich zu 50 Prozent aus Provision und bei der herr-schenden Marktlage ist an eine Erhöhung des Ver-dienstes überhaupt nicht zu denken, vielmehr müs-sen viele Angestellten auf eine Verminderung ihrer Löhne gefaßt sein. Besonders charakteristisch ist, wie es zur Erhöhung der Jahreskartenpreise der drit-ten Klasse gekommen ist. Schon seit Monaten ver-langen verschiedene Unternehmensverwaltungen, wie

Handelskammern, Gremien und Industrieverbände, denen sich unbegreiflicherweise auch die bürgerlichen Reisendenvereini-gungen oder Schotterungen ange-schlossen haben, die Herabsetzung der Jah-reskarte der zweiten Klasse. Auch im Staatsbah-nvertrage kam diese Angelegenheit zur Sprache und es wurde angeführt, daß durch die Verbilligung der zweiten Klasse eine Entlastung der dritten Klasse, die inwieweit erfüllt sei, eintrucken würde. Es wurde also angeführt, daß der Preisunterschied zwischen der dritten und zweiten Klasse ein zu großer ist, so daß die Waggons zweiter Klasse leer fahren und der Betrieb deshalb unökonomisch sein würde. Die Begründung des Antrages bezüglich der Herabsetzung der dritten Klasse ist schweier-licher richtig, weniger jedoch, daß durch Verminderung des Preisunterschiedes zwischen der dritten und zweiten Klasse eine bessere Ausnutzung der Wagen erzielt werden könnte. Das Eisenbahnministerium hat sich nun, da der Staatsbahnenvertrag dem dies-bezüglich eingehenden Antrag zugestimmt hat, daran die Karte auf Herabsetzung des Preis-unterschiedes zu eigen gemacht, hat die Jahres-karten dritter Klasse erhöht, die der zweiten Klasse jedoch auf ihrer bisherigen Höhe belassen. Selbst-verständlich wird diese Maßnahme auf die Neben-nutzung der Wagen dritter Klasse gar keinen ab-hebenden Einfluß haben, nur den minder beun-teten Schichten des reisenden Publikums werden neuerdings 20 Prozent abgenommen. Die gewerkschaftlich organisierten Geschäftsreisenden haben bereits früher die Handlungsweise der „Kollegen“ aus den bürgerlichen Vereinen verurteilt, werden jedoch auch weiterhin dafür sorgen, daß der Einfluß der Unternehmer in den Verbänden den Angestellten beherrschend vor die Augen geführt wird. Aber auch die breitere Öffentlichkeit hat Anlaß genug, die Erhöhung der Jahreskarten dritter Klasse nicht als ein Vorübergehendes zu lassen, denn dies bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes, als den Verkehrswegen, die gewöhnlichen Fahrkarten dritter Klasse bei nächster Gelegenheit mit zu er-höhen.

Die Ostbäume auf einem Entwässer. Das Preshburger tschechische Volkstheater hat in seiner letzten Sitzung die Ostbäume in der Slowakei besprochen und die derzeitige wirtschaftliche Lage in dieser Hinsicht besprochen. Aus der Jahresberichterstattung geht hervor, daß die Anbauflächen der Ostbäume in der gesamten Republik 129.710 Hektar ausmachen, wovon auf die Slowakei über 36.000 Hektar, auf Karpatoruss-land hingegen rund 8500 Hektar entfallen. Die Fläche der besten Weiden ist in der Slowa-kei am größten und beträgt 11.500 Hektar, wäh-rend in den historischen Ländern nicht ganz 6000 Hektar Weidenflächen gezählt werden können. Aus der Statistik geht ein wenig hervor, daß auf einen tschechoslowakischen Ein-wohner drei Ostbäume entfallen, und daß somit die Tschechoslowakei das erste Ostbäumland in Europa ist. Die Republik zählt nämlich 34,5 Millionen Ostbäume. Der Ertrag der Ostbäume in den letzten Jahren war verhältnis-mäßig schwankend ausgefallen. Im Jahre 1922 zählte man elf Millionen Meterzentner Ostb. wäh-rend im Jahre 1923 nur noch fünf Millionen Meterzentner geerntet wurden. Trotzdem kann die Durchschnittsernte mit 85 Millionen Zentner fest-gelegt werden. Der Wert der Ostbäume ist dafür viel geringeren Schwankungen ausgesetzt, er betrug im Jahre 1922 145 Millionen Kronen und er-wähigte sich im Jahre 1923 auf 800 Millionen Kronen.

Zurück aus Ende eines Art'glaubens. Don-nerstag mittags ereignete sich in Preshburg ein üblicher Unfall, der eine große Menschenanzam-mlung zur Folge hatte. Der an der Ecke beim Ministeritor lebende Kriegsinvalide August Langhans wollte das Straßenbahngelände über-querten, wobei er von einem Wagen der tschechischen Straßenbahn erfaßt und zu Tode gefahren wurde. Er war nicht bloß blind, sondern auch taub und gehörlos deshalb das Warnungsschild. Der Wagenführer konnte den in solcher Gefahr be-findlichen Wagen nicht rasch genug stoppen.



ELIDA WEIHNACHTS-KASSETTEN
GEHÖREN AN DIE SPITZE DER LISTE JHRER GESCHENKE

Ausland.

Die Sowjetgrannaten.

Die Leute in den kommunistischen Zentren und in der kommunistischen Presse sind schlechte Leninisten. Die Enthüllung, daß aus Sowjetrußland der deutschen Gegenrevolution Granaten und andere Kriegsmittel geliefert werden, hat sie wie ein Blitz getroffen. Sie bestreiten alles voll Erbauung: Es ist nicht wahr, es ist nicht wahr. Dies „Es ist nicht wahr“ ist das offenste Schuldbekenntnis, das gegeben werden kann. Denn erstens: ist es wahr und offenkundige Tatsache, bestreitet man nur aus Schuldbeunruhigung, in der Ueber-treibung und zweitens, es ist ja nicht neu, denn es ruft nur ins Gedächtnis zurück, was die Bolschewisten auf ihren Kongressen und was die deutsche „Rote Fahne“ auf ihrem Papier seinerzeit selbst ganz offen ausgesprochen hat: Das Bündnis Sowjetrußlands mit der deutschen Gegenrevolution, das von der kommunistischen Internationale ausdrücklich gebilligt wurde.

Im Jahre 1923 stellten Dschawin auf der 11. Sitzung des 4. Weltkongresses folgende Thesen auf:

„Für die proletarischen Staaten, von den Zweckmäßigkeiten der Strategie des Gesamtproletariats ausgehend, militärische Blöde mit den bür-gerlichen Staaten bilden? Es gibt hier keinen prin-zipiiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein mili-tärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmet-tern.“

Bei dieser Form der Landesverteidigung des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Bloch zum Siege zu verhelfen.“

Die Thesen sollten der deutschen kommunistischen Zentrale eine Richtlinie geben. Die Pa-rol: Bündnis mit Sowjetrußland war die Antwort der Kommunisten auf den Ruhrmarsch. Weil das Bündnis der deutschen Gegenrevolution mit Sowjetrußland bestand, schlachten die Kom-munisten alles hinunter, was sie über illegale Reichswehrbeziehungen wußten. Am 27. Mai 1923 schrieb die „Rote Fahne“:

„Die Regierung weiß, daß die kommunistische Partei Deutschlands aus Rücksicht auf die Gefahr seitens des französischen Imperialismus über-nichts geschwiegen hat, was diese Regie-rung als verantwortlich für ihre Organe un-möglich machen würde für jede internationale Ver-handlung.“

Die Kommunisten haben also von den ille-galen Reichswehrbeziehungen nach Sowjetruß-land gewußt. Sie haben darüber geschrieben. Sie hatten um der Gegenrevolution eine stille Aco-tation, sie hießen Bürgertruppen. Sie schloßen und die Sans-Regierung verhaftete Kommunisten. Nur schüchtern mochte ein Ruf der SPD-Zen-trale zu verkünden: „Entweder läßt die Regierung die Nordarmee gegen die kommunistische Partei oder wir werden das Schweigen bre-chen.“

Damals haben sie geschwiegen, weil sie alles wußten. Heute schweigen sie nicht, heute lügen sie und überführen sich damit selbst.



Kauft GEC-Margarine

Gerichtssaal.

Die Korruptionsaffäre im Brünner Monturdepot.

Das Oberste Militärgericht in Brinn verhandelte in nichtöffentlicher Sitzung am 15. Dezember den Refus gegen das Urteil des Disziplinalgewichtes in Brinn, das dieses über die Teilnehmer, die des Mißbrauches der Amtsgewalt und der Korruption im Brünner Monturdepot beschuldigt wurden, gefällt hat. Das Oberste Gericht wies alle Anträge außer einer in Angelegenheit des Oberleutnants Tschauer ab und entsprach dem Refus des Militärprokurators nach Erhöhung der Strafe für die Angeklagten. Es wurde Kapitän Heget zu acht Monaten schweren Kerker verurteilt, Oberleutnant Zimmerwald zu sieben Monaten, während die Strafverhängung beim Oberleutnant Sittner und Kommerzienrat Rienzl nur unwesentlich erhöht und ihnen ein Strafurlaub bewilligt wurde. Die Beschwerden, sofern sie nur das Militärdelikt des Oberleutnants Tschauer betrifft, wird das Oberste Gericht am 20. Dezember l. J. in öffentlicher Sitzung verhandeln.

Eine „Hausmutter“ sucht für „Nana“ eine Magd.

(Vor dem Landesgericht in Straßburg Prag II.)

Unsere Heldin führt einen Romanroman: Anastasia Korotzkowa. Vielleicht glaubte sie sich deshalb berechtigt, auch ein so anhergewöhntes Romanleben mit ihren 17 Jahren, die sie erst gerade am Neujahrstage 1927 wird, führen zu dürfen. Sie ist nämlich eine ganz geliebte Tochter und außerdem eine gefährliche Person, die sowohl als Diebin, Betrügerin und Personalerin von Papieren von ganzen Dossierspersonen, wie auch durch ihre „Schlagkraft“ eine Gefahr für ihre Umgebung bedroht.

Anastasia Korotzkowa hat bereits als zwölfjähriges Mädchen 5000 K aus einer verpörrigen Schublade bei einer Familie, wo sie seit dem Säugling „Pie en“ ging, als sie der Einzelrichter OGGOR. Soziet, vor dem sie heute wegen eines Diebstahlsverfälschten, nach dieser Jugendzeit befragte, wählte die Angeklagte die Tat auf ihre tote Mutter. Sie hätte damals die Schuld auf sich genommen, weil die Mutter ins Kriminal genommen wäre und ihr als Kind nicht geschhien konnte, obgleich nachgewiesen wurde, daß ihre Mutter damals überhaupt nicht zu jener Familie kam. — Vor dem Einzelrichter verantwortete sie sich wieder wegen eines Diebstahls, begann in einer Pension. Sie verantwortete sich so schuldig, obgleich das Geld bei ihr in der Kasse eingewandt gefunden wurde, daß

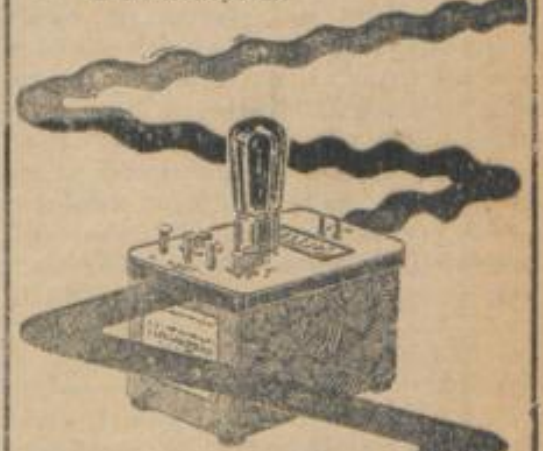
ihm jemand das „gemacht“ habe, so daß der Richter eine neuerliche Verurteilung ansetzte und sie auf das Verprechen, jede Wohnungsänderung zu melden, aus der Untersuchungshaft entließ.

Inzwischen, als die neue Verurteilung angelegt war, kam Präsident Anstoffs schon wieder wegen eines neuen Deliktes in die Untersuchungshaft. Drei Tage nach ihrer Entlassung aus der Untersuchungshaft trat sie einen Posten als Dienstmädchen bei einer Familie in Karlsbader an. Hier gebrauchte sie einen falschen Namen, vier Tage später verschwand sie, nachdem sie zum Ansehen Sachen im Werte von 500 K mitgehen ließ. Sie fährt jetzt zur Stellensammlerin Königsmark in Sankt-Peter, aber nicht um einen neuen Posten zu suchen, sondern als „keine Dame“, als Tochter einer Hausfrau, die für „Nana“ — ein Dienstmädchen sucht. Eine arme Magd, namens Rebecka, fiel dem geliebten Mädchen an und handelte ihr den Heimatschein aus. Mit diesem herangeschickten Heimatschein nahm Präsident Anastasia wieder die beschriebene Stellung einer Dienstmagd bei einer Familie in Weibitz an, wo sie sich drei Tage später wieder mit einer goldenen Damenuhr, einem Brillantring, Bargeld, seiner Wäsche und dazu natürlich einem Koffer im Gesamtwerte von 4000 K

englisch gepflegt. Dann wollte sie das gleiche Wagnis wiederholen und fuhr wieder zur Stellensammlerin, um für „Nana“ ein neues Dienstmädchen zu holen. Die aber ließ sie verhaften. So oft ist die Vorgeschichte, welche die treue Hand vor dem Dreirichteramt unter dem Vorzuge des OGGOR. Korozeny brachte. — Bei der Zeugniseinvernahme und Konfrontation benahm sie sich wie einer im Gerichtssaal bisher auch nie beobachteten Arroganz. Sie erklärte, die Zeuginnen, bei denen sie bedient war, nie gesehen zu haben, obgleich man die gestohlene Wäsche mit den Kennzeichen noch bei ihr fand. Als sie eine Zeugin aus dem Hause, wo sie den großen Diebstahl beging, ein anderes Dienstmädchen, namens Komrad, überführte, sie gesehen zu haben, wie sie mit dem Koffer das Haus verließ, stürzte sie sich im Gerichtssaal auf die Zeugin und begann diese zu würgen. Staatsanwalt Dr. OGGORIN erweiterte die Anklage wegen schwerer körperlicher Verletzung. — Inzwischen wurde konstatiert, daß diese Diebin eine ganze Reihe von armen Dienstboten um ihre Dokumente geprellt und auf diese Weise nur von Diebstahl und Betrug ihr Dasein fristete. Das Urteil lautete auf dreizehn Monate schweren Kerker mit entsprechenden Folgen.

Letzte Errungenschaft

in der Radiophonie



PHILIPS

Anodenspannungs-Apparat PHILIPS

ermöglicht den Empfang ohne Anodenbatterie.

Lieferzeit: 120 und 220 Volt sofort. 110-150 Volt in aller kürzester Frist.

Befragen Sie Ihren Lieferanten 4320

Beabsichtigen Sie eine Schreibmaschine anzukaufen?



Vergessen Sie nicht die 4reihige

CORONA

neues Modell mit Radschaltung zu besichtigen!

GIBIAN & Co.,

Prag II., Lucerna. Teleph. 20823-24.



NW&K WOLLGARNE

Wollwollen in alleinstückigen guten Dreiwoollen

Stender Wollkammerei & Kammgarnspinnerei A.-G. in Stender.

Überall erhältlich! Auf Wunsch Bezugsquellen nachweisen.

Man beachte die nebenstehenden Schutzmarken!



BAUARBEITEN des Kleinsiedlers

Mit vielen Abbildungen u. Skizzen Antiquarisch . . . statt KC 50.-

nur KC 24.-

VOLKSBUCHHANDLUNG (remser & Co., Tepitz-Schönan.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen

Referat Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.



Jeder weiß, wo ihn der Schuh drückt. Dieses Sprichwort kommt aus einer Anekdote des römischen Geschichtschreibers Plutarch.

Bereinsnachrichten.

Tanzklubverein „T. Rotuz...“ nam. 1. In der am 1. Dezember stattgefundenen Generalversammlung wurden in die Ortsgruppenleitung gewählt: Als Obmann...

Bahnhof nach Schloßen. Feiert in der eigenen Halle. — Zentrales Aufsehen. Der Aufseher hat...

Kunst und Wissen.

Jan Ripura, ein junger Pole, der gegenwärtig als neuester Starletto an der Wiener Staatsoper ungestörte Erfolge hat...

Bibliotheken

Für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt...

Lachen links! Das neue deutsche Lachspiel erscheint wöchentlich. Jede Nummer 28 t. 10.

Alle Bücher liefert reich und billig die Volksbuchhandlung Kramer & Co. Toplitz-Schönau.



Soll dies Mahl nun wohl geraten — Laßt Euch, liebe Hausfrau raten, Folgt meinem Rat, da habt ihr ihn: Backt Fische nur auf Polarin!

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Sonntag: „Konzert“.

Turnen und Sport.

Sportfestschlüge ins Riesengebirge zu Weihnachten fahren am 22., 23. und 24. d. M. ab Wilschobahnhof um 14.15 Uhr...

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitung-L.G. Prag.

Advertisement for Roto shoes featuring various styles of shoes with prices (19, 29, 39, 49, 59, 69, 89, 99) and the slogan 'VIEL FREUDE UM WENIG GELD. KAUFET EUEREN LIEBEN PRAKTISCHE GESCHENKE. RECHTZEITIGE BESCHAFFUNG VERWandelt EUERE SORGEN IN FREUDE. Roto'.